



VORWORT

# Strukturveränderungen unausweichlich?

**Es ist bald Landtagswahl und die üblichen politischen Rituale und Automatismen setzen ein.**

Im Regierungsprogramm 2008 bis 2013 der CDU ist nachzulesen, dass sie beabsichtigt, im Falle der erneuten Regierungsübernahme jährlich 500 Polizeianwärter einzustellen. **Bedingt durch die dreijährige Ausbildung bei der Polizei werden die Stellen erst 2011 wirksam.** Eine viel zu späte Kurskorrektur und eine völlig unverantwortliche Sparpolitik der letzten Jahre werden offenbar. Anstatt eine kontinuierliche Personalpolitik voranzutreiben, die neben einer nachvollziehbaren Personalentwicklung auch ausreichend Sicherheit garantiert, wurde in der Vergangenheit die Sicherheitslage der Haushaltslage angepasst. Wir brauchen die neuen Kolleginnen und Kollegen jetzt – und nicht erst in drei Jahren, wenn sie mit ihrer Ausbildung fertig sind. Was Regierungsprogramme wirklich wert sind, ist uns nicht verborgen geblieben. Ich zitiere aus dem CDU-Regierungsprogramm 2003 bis 2007: **„... Wir werden nachhaltig in Personal und Ausstattung investieren, damit die Polizei ihren**

**wachsenden Aufgaben im Kampf gegen die Kriminalität gerecht wird. Es ist unser Ziel, die Besetzungslücke der Polizei zu schließen. Hierzu wird die Ausbildungsoffensive der Polizei fortgesetzt. Wir werden mit einem Aktionsprogramm eine deutliche Erhöhung der Polizeipräsenz auf der Straße fördern. Dazu gehören die Optimierung von Dienstzeiten und die Fortentwicklung des Schichtdienstes, die Verstärkung der Streifendienste sowie Einzelstreifen während der Tageszeit ...“**

Gemessen an dieser Absichtserklärung aus dem Jahre 2003 ist die Bilanz heute sehr ernüchternd und die nachfolgende (nicht abschließende) Bestandsaufnahme dokumentiert einen anderen Sachverhalt.

**Zur Erinnerung:  
PVS-Operation Sichere  
Zukunft – Ein Minus von  
968 Stellen**

Während der Innenminister in Beantwortung einer großen Anfrage des Landtages bereits zugegeben hat, dass von 2001 bis 2005 360 Stellen für die Voll-

zugspolizei weggefallen sind, dies natürlich um 360 Vollzugsstellen Wegfall PVS zu ergänzen ist sowie um ca. 250 fehlbesetzte Vollzugsstellen. **Insgesamt also ca. 1000 Stellen!** Gleichzeitig behauptet er, die Polizei habe 950 Stellen mehr.

**Wir haben bis heute weder in den öffentlichen Haushalten, noch in den Stellengliederungsplänen diese 950 Stellen gefunden. Demnach kann es sich nur um einen „geheimen Stellenplan“ handeln.**

Diese 950 Stellen mit der Arbeitszeitverlängerung zu begründen, geht vollkommen fehl, denn wir wissen bis heute noch nicht, wie man aus vier mal zwei Stunden Arbeitsverlängerung eine/n zusätzlichen Schutz- oder Kripomann/frau „baut“.

Konsequenz dieser Politik ist jedenfalls, dass hessenweit mittlerweile über 360 Vollzugsstellen alleine bei den Basisdienststellen fehlen. Dies wird die GdP weder akzeptieren noch hinnehmen. Es ist zu befürchten, dass nach der Landtagswahl die Polizei immer weiter vom Bürger „wegrückt“.

Rechtliche Voraussetzungen und technische Ausrüstung sind

zweifelsfrei wesentliche Grundlagen für die Bewältigung der ständig wachsenden Herausforderungen im Bereich unserer Polizeiarbeit. Das allein reicht aber nicht aus, denn die Binsenweisheit lautet: **Ohne Personal ist alles nichts!**

Ohne Personal sind die besten Gesetze und die beste Technik wenig wert, und längst haben Sicherheitsexperten aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Politiker der meisten Parteien erkannt, dass die Polizei über ein erhebliches Vollzugsdefizit verfügt.

Eine Sicherheitspolitik, die nach gewohnten politischen Strickmustern Schwankungen unterworfen ist, indem unmittelbar nach der Landtagswahl bei der Polizei knallharte Sparsanktionen offenbart werden und kurz vor der Landtagswahl dem geneigten Wähler das Blaue vom Himmel versprochen wird, haben wir schon einmal erlebt. Den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sollte die Wahrheit nicht vorenthalten werden.

*Henning Möller/  
Jörg Bruchmüller*

Ein gesegnetes Weihnachtsfest  
und ein gutes Neues Jahr  
wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen.  
Besonders herzlich grüßen wir unsere älteren und kranken Mitglieder  
und diejenigen, die an den Feiertagen Dienst versehen.

# 20 Jahre nach den Startbahnmorden

**Wir gedenken der Ermordung von Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer an der Startbahn 18 West vor 20 Jahren.**

Anlässlich des 20-jährigen Todestages der beiden an der Startbahn West ermordeten Kollegen im Jahr 1987 wurde auf Personalratsinitiative gemeinsam mit der Behördenleitung, Polizei-seelsorgern und Zeitzeugen, eine würdevolle Gedenkfeier in der III. Bereitschaftspolizeiabteilung durchgeführt.

Heute, 20 Jahre nach den tödlichen Schüssen am Rhein-Main-Flughafen, ist es still geworden um die Ereignisse, die eine ganze Nation in Atem hielten. Insbesondere aber um die damaligen Ereignisse. Seit Beginn der Baumaßnahmen am Airport in Frankfurt waren Polizeibeamte eingesetzt. Eine erneute Initiative des Personalrates der HBP, auch heuer eine Gedenkfeier abzuhalten, führte nicht zum gewünschten Erfolg. So kam es bereits am 1. November 2007 dazu, dass sich Vertre-



ter des Personalrates und ein Vertreter des Hauptpersonalrates am Gedenkstein in der III. BPA trafen, um gemeinsam einen Kranz niederzulegen. Dieser wurde von der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei finanziert.

Im dichten Nebel des Vormittags blieben unsere Gedanken bei Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer. Wer waren Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm?

Beide waren Angehörige der Hessischen Bereitschaftspolizei. Der damals 43-jährige Klaus Eichhöfer war Hundertschaftsführer in der damaligen IV. BPA in Hanau. Er hinterließ seine Ehefrau und drei Kinder. Zeitzeugen beschreiben ihn als besonnenen Kollegen, der im Dialog mit den Störern um Mäßigung bemüht war.

Thorsten Schwalm war als Einsatzbeamter in der III. BPA in Mühlheim eingesetzt. Er wurde nur 23 Jahre alt. Gerade einmal drei Jahre nach Beginn seiner Ausbildung fand ein junges

Leben sein Ende. Damalige Einsatzkräfte erinnerten sich: Am Vorabend der tragischen Ereignisse hatten wir eine unruhige Nacht am Flughafen zu überstehen. Eine Vorahnung? Bestimmt nicht!

*Der damalige Ministerpräsident Walter Wallmann brachte es einen Tag nach den tödlichen Schüssen, nach einer Kabinettsitzung der damaligen Landesregierung am Flughafen auf den Punkt: „... Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik seien Polizeibeamte in der Erfüllung ihrer Pflichten ermordet worden. Polizistenmorde sind verabscheuungswürdige Taten, insbesondere in einer demokratischen Gesellschaft.*

*Die Tat sei ein Angriff auf den inneren Frieden und werde mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln geahndet ...“*

Der Täter wurde gefasst und wegen Totschlags 1991 zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Viel wurde damals geschrieben, berichtet und gesendet. Geblieben sind die furchtbaren Erinnerungen an die Tat. Auch die

Bilder der Einsatzlagen, die unser damaliger BeDo-Mann Detlef Otto aufbewahrt hat, sprechen für sich.

Sie deprimieren den Betrachter und zeigen das ganze Ausmaß der Gewalt.

Kollegen liegen bei kühlen Novembertemperaturen auf Pritschen in einem Hangar und versuchen Schlaf und Ruhe zu finden. Das Essen wird auf dem Waldboden sitzend eingenommen, daneben liegen Einsatzschilder. Die Szenerie gleicht der einer Schlachtpause in diversen Hollywoodverfilmungen. Wasserwerfer sind am Zaun aufgefahren und spritzen über die Köpfe der vor dem Zaun stehenden Beamten hinüber in den dichten Wald, wo vereinzelt Störer mit Motorradhelmen sichtbar dicke Steine nach den Polizeibeamten werfen.

**Zugegeben:** An der Ausrüstung hat sich Einiges in den vergangenen Jahren zum Positiven entwickelt. Geblieben ist aber die Gewalt, der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch heute noch ausgesetzt sind.

Detlef Otto brachte es in seiner Ansprache auf den Punkt:

„Heute nach 20 Jahren stehen wir an dieser Gedenkstätte der beiden Startbahnopfer.

Zeit heilt alle Wunden, sagt man. Aber vergessen werden wir unsere Kollegen Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer nie. **Sie leben in unserer Erinnerung weiter.**

Wir wollen heute gemeinsam an dieser Stelle, in Vertretung aller Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei und der hessischen Polizei, in aller Stille der beiden Opfern und ihrer Angehörigen gedenken.

**Die Gedenkstätte ermahnt uns, innezuhalten und nachzudenken.**

**Und sie erinnert uns täglich an die Risiken und die Gefahren im täglichen Dienst, der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte jederzeit ausgesetzt sind.“**

*Jens Mohrherr*

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**

Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**

Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**

Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

BEIRATSSITZUNG IN WISSMAR

# Kompromissbereit – aber nicht zu Kreuze kriechen

Gewerkschaft der Polizei kämpft mit allen DGB-Gewerkschaften um Tarifautonomie



Aufmerksame Zuhörer gab es bei der Beiratssitzung der GdP in Wißmar.

Foto: NW

Kämpferisch werde die GdP Hessen auch in Zukunft sein, versicherte Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller in seiner Rede zur Beiratssitzung in Wißmar Ende Oktober. Auch wenn man

**Mangelhafte Führungskultur**  
Bruchmüller bemängelte vor allem die Führungskultur in der Polizeihierarchie, wo manche Führungsebenen einfach übergangen würden. Wie da mit ver-

eingeteilt, in Kripo, Schupo, Be-Po. Dieses Ranking werde auch bei der Einstellung vorgenommen. Die Guten ins Kröpfchen, die Schlechten ins Töpfchen. Die GdP müsse verhindern, dass aus der in den vergangenen Jahren zusammengewachsenen „einen Polizei“ wieder drei Polizeien gemacht würden und der Tarifbereich die vierte Klasse bilde. „Polizei ist ein Gesamtkunstwerk. Nur alle zusammen können die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten.“

stimmungsmöglichkeiten noch gehe. „Die GdP protestiert, die anderen trinken Sekt mit dem Minister“, brachte Michael Schweikert die Sache auf den Punkt. Bestimmte Interessengruppen in der Polizei seien keine Gewerkschaft. Einer davon könne man den Namen der Eisenbahngewerkschaft geben, „GdL“, allerdings übersetzt mit „Gewerkschaft der Landesregierung“.

Fortsetzung auf Seite 4



Geehrt wurden Mitarbeiter/-innen der PVAG-Versicherung, v. l.: Antje Heuser, Manuela Wassermann, Oliver Merten (Geehrte), Jörg Bruchmüller, Mike Messer, Henner Jud (Ehrende). Foto: NW

**Interessen der Beschäftigten wahren**

Kritisch, unabhängig und kompetent sei die GdP und so kritisch und kompetent vertrete sie auch die Interessen aller Beschäftigten der Polizei, beteuerte Bruchmüller. Deshalb kämpfe sie auch gemeinsam mit allen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB um das Grundrecht der Tarifautonomie. Die GdP sei nicht bereit, sich mit der Landesregierung auf einen Kuhhandel einzulassen, wenn es um Arbeitszeit und Gehalt gehe. Das werde sie auch bei der im Mai 2008 anstehenden Personalratswahl deutlich machen. Man werde in den Personalräten keinen Schmuskurs fahren, sondern die Interessen der Beschäftigten durchsetzen, soweit das bei den eingeschränkten Mitbe-



Jörg Bruchmüller, GdP-Landesvorsitzender Foto: HH

den Eindruck habe, dass die Landesregierung mache, was sie wolle, werde die GdP bereit sein zu Kompromissen. Sie werde aber nicht zu Kreuze kriechen, wie das manche Politiker wohl gerne hätten. Ein Diskussionsteilnehmer sprach in diesem Zusammenhang von „Thatcherismus“, dem Versuch des Staates, Gewerkschaften kaputt zu machen.

dienten Polizeiführungskräften umgesprungen werde, sei nicht zu akzeptieren, richtete er seine Kritik, die in der Diskussion bestätigt wurde, in eine bestimmte Richtung. Auch Personalräte und Repräsentanten der GdP würden von ganz oben verunglimpft, wettete ein Teilnehmer. Die Polizei werde dort wieder in eine Drei-Klassen-Gesellschaft

Fortsetzung von Seite 3



Neues Motto: „Wir wollen, dass was passiert!“ Foto: NW

### GdP bezieht Stellung im Landtagswahlkampf

Die GdP werde aber auch im jetzt beginnenden Landtagswahlkampf (Januar 2008) Stellung beziehen, werde in einer „Herbstaktion“ die Bevölkerung informieren, wie das Thema „Innere Sicherheit“ von der Landesregierung tatsächlich behandelt werde. Schließung von Polizeistation und Personalabbau seien da nur zwei Themen. Man könne den Eindruck gewinnen, dass die GdP in den Medien oft zu kurz komme, meinte ein Diskussionsredner. Von Zensur wolle er nicht sprechen. Aber die Landesregierung habe sicher irgendwo eine Hand an den Schalthebeln der Macht (Rundfunkrat/Fernsehrat), um eine Hofberichterstattung zu gewährleisten. Ansonsten müsste die GdP nicht versuchen, mit einer Postkartenaktion den Bürgern/-innen reinen Wein einzuschlecken. Das habe man unter anderem an der dürftigen Berichterstattung zur ersten Tariffdemonstration in Wiesbaden gesehen, verdeutlichte ein anderer Teilnehmer die Kritik. In der Frage der Tarifautonomie dürfe die GdP nicht kompromissbe-

reit sein, da müsse sie Profil zeigen. Die Forderungen der GdP müssten deutlicher gemacht werden.

### Ehrungen

Im Rahmen der Beiratssitzung wurden auch drei verdiente Mitarbeiter/-innen der PVAG (Tochtergesellschaft der Signal-Iduna, GdP als Anteilseigner) ausgezeichnet. Sie hatten im Rahmen des „PSW-Marathons“ den Produktwettbewerb gewonnen, haben sich um die Beschäftigten der Polizei bemüht. Jörg Bruchmüller und PSW-Geschäftsführer Henner Jud überreichten Antje Heuser, Manuela Wassermann und Oliver Merten einen Reisegutschein über 200 Euro und ein persönliches Geschenk. Ein Präsent erhielt auch Stefan Frey, Bevollmächtigter der Signal-Iduna für den öffentlichen Dienst in Hessen, für seine Bereitschaft, die GdP bei Veranstaltungen immer wieder zu unterstützen. Bruchmüller bedankte sich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit und die seriöse Arbeit vor Ort. „Wir sind vielleicht nicht immer die Billigsten, möglichst aber immer die Besten“, sei das Credo der Signal-Iduna.



Antonio Pedron, Junge Gruppe. Foto: HH

Mike Messer erläuterte den Kassenbericht und gab die Mitgliederbewegung bekannt. Die GdP ist nach wie vor die mit Abstand mitgliederstärkste Gewerkschaft bei der hessischen Polizei und in der Bundesrepublik. Antonio Pedron verkündete den neuen Slogan der Jungen Gruppe (der auch für die Alten gilt): „Wir wollen, dass was passiert.“ Die Junge Gruppe wird auch eine „Steuerbroschüre“, zurechtgeschnitten auf den Polizeidienst, herausgeben und in den Bezirksgruppen verteilen.

NW

## TARIFBESCHÄFTIGTE

# Die Wertschätzung der Arbeit

Die Schließung der Kfz-Werkstätten im Jahre 2003 und die Einrichtung eines Hess. Immobilienmanagements (HI) hatte zur Folge, dass viele Kolleginnen und Kollegen einen neuen Arbeitsplatz bekamen. Durch Umschulungsmaßnahmen und Einarbeitungszeiten sollte sichergestellt werden, dass die Umsetzungen problemlos erfolgen. Dies ging nicht immer ohne Hilfe der Personalräte. Aber schließlich hatten wir es geschafft. Gemeinsam mit den Vertretern des LPP wurden Lösungen gefunden, die von allen Beteiligten akzeptiert werden konnten.

Jetzt tauchen die gleichen Probleme wieder auf, obwohl,

wie schon gesagt, Lösungen bereits erarbeitet wurden.

Kollegen aus dem früheren Bereich der Kfz-Werkstätten sollen nun Einverständniserklärungen akzeptieren, die ihre Weiterbeschäftigung in einer anderen sehr niedrigen Lohngruppe beinhalten.

Grundsätzlich gibt es hierbei folgende Probleme:

- Der Personalrat wurde erst sehr spät eingebunden.
- Die Betroffenen werden nicht ausführlich über die Konsequenzen informiert.

Die Lohngruppen werden im niedrigsten Bereich angeboten, obwohl, da vorher im Lohngruppenbereich höherwertige Tätigkeiten verrichtet worden sind, der

Bewährungsaufstieg wie auch der Zeitaufstieg bereits erfüllt sind.

Der Rationalisierungsschutzvertrag verhindert zwar eine Lohnsenkung, bei Tarifierhöhungen wird allerdings von der ungünstigen niedrigen Lohngruppe ausgegangen.

Bei Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits in einem Altersteilzeitverhältnis befinden, ist zu prüfen, ob hierbei eine Vertragsänderung überhaupt möglich ist.

Alle Probleme wurden, wie schon gesagt, bereits bereinigt. Warum fängt man nun wieder neu damit an? Unkenntnis oder falsch verstanden!

Wie fühlen sich Kollegen, wenn man ihnen mitteilt, dass ih-

re Arbeitskraft nicht mehr gefragt ist, dass sie nichts mehr wert ist?

Vielleicht sollten zuständige Personen in den Verwaltungen auch mal an das Selbstwertgefühl der Betroffenen denken.

Die Verwaltung ist eine Serviceabteilung, die für die Kolleginnen und Kollegen arbeitet und nicht gegen sie. Vielleicht könnten Schulungen dieses Personenkreises Abhilfe schaffen und für mehr Menschlichkeit sorgen. Die meisten der betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben mehr als 25 Jahre ihre Arbeit getan. Sie haben es nicht zu verantworten, wenn durch Sparmaßnahmen, die auch noch fragwürdig sind, ihre eigentliche Tätigkeit an fremde Betriebe abgegeben wurde.

Erika Büttner

EU-ARBEITSRECHT

# Bereitschaftszeiten im Spannungsfeld zwischen Tarifvertrag, Arbeitszeitrecht und EU-Richtlinien

**Mit Urteil vom 3. 10. 2000 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Wege der Auslegung der Richtlinie 93/104/EG erstmals über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung entschieden:**

*„... Bereitschaftsdienst, der in Form persönlicher Anwesenheit am Arbeitsplatz geleistet wird, ist insgesamt als Arbeitszeit, gegebenenfalls als Überstunden, anzusehen ...“*

Dieses Urteil wurde zwar bezogen auf Ärzte im Krankenhaus, es scheint aber unstrittig, dass es Wirkung entfaltet für alle Beschäftigten, die Bereitschaftsdienst leisten. Dazu gehören auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Der EuGH hat in seiner Entscheidung Vorgaben für die europarechtskonforme Gestaltung des deutschen Arbeitszeitrechts gemacht. Der deutsche Gesetzgeber hat auf die Entscheidung unverzüglich reagiert und im Dezember 2003 die zum 1. 1. 2004 in Kraft getretene Novelle des Arbeitszeitgesetzes beschlossen. Im Arbeitszeitgesetz werden die notwendigen Änderungen in Folge des Urteils des Europäischen Gerichtshofes zum Bereitschaftsdienst vom 9. 9. 2003 vorgenommen. Arbeitsbereitschaft und Bereitschaftsdienst werden insgesamt als Arbeitszeit gewertet. Die Ta-

rifvertragsparteien erhalten Gestaltungsspielräume, haben jedoch eine Übergangsfrist bis zum 31. 12. 2005, innerhalb derer die jetzt bestehenden Tarifverträge zur Arbeitszeit weiter gelten. Damit wird den aktuellen Umstellungsproblemen Rechnung getragen.

Der EuGH hat mit seiner Entscheidung den entwickelten Begriff der Arbeitszeit auf Deutschland übertragen. Er hat damit zugleich erneut nationalen Spielräumen bei der Definition des Arbeitszeitbegriffs eine Absage erteilt (*EuGH, Urteil vom 3. 10. 2003, Slg. I, Bd. 2000-10[A], Rechtssache C-303/98 [SIMAP]*).

Die europäische Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung sei dahin auszulegen, dass der Bereitschaftsdienst, den ein Arzt in Form einer persönlichen Anwesenheit im Krankenhaus leistet, in vollem Umfang Arbeitszeit im Sinne dieser Richtlinie darstellt. Auch wenn es dem Betroffenen in Zeiten, in denen er nicht in Anspruch genommen wird, gestattet ist, sich an seiner Arbeitsstelle aus-

zurufen, sodass die Richtlinie der Regelung eines Mitgliedstaates entgegensteht, nach der Zeiten, in denen ein Arbeitnehmer während eines Bereitschaftsdienstes untätig ist, als Ruhezeit eingestuft werden (*EuGH-Rs C 151/02 [Jaeger], 1. Leitsatz bzw. Ziff. 44ff. [ebd., Seite 38 bzw. 43ff]*).

Bemerkenswert ist lediglich, dass der EuGH dem Umstand, dass der betroffene Arzt sich in den Zeiten des Bereitschaftsdienstes ohne Inanspruchnahme ausruhen und sogar schlafen konnte, keinerlei Bedeutung für die arbeitszeitrechtliche Bewertung solcher Ruhephasen zumäß. Der EuGH hat insoweit an seinem sozialen Ruhezeitbegriff festgehalten. Er stellt darauf ab, dass ein Arbeitnehmer, der sich (im Unterschied zum nur Rufbereitschaft leistenden Arbeitnehmer) an einem vom Arbeitgeber bestimmten Ort (hier: das Krankenhaus) aufhalten muss, erheblich stärkeren Einschränkungen unterliegt, da er sich außerhalb seines familiären und sozialen Umfeldes aufhalten muss und über die Zeit, in der er nicht in Anspruch genommen wird, weniger frei verfügen kann.

Damit ist klargestellt, dass auch solche Bereitschaftszeiten europarechtlich als Arbeitszeit zu bewerten sind, bei denen an-

gesichts nur geringfügiger Inanspruchnahme eine ausreichende physische Erholungsmöglichkeit besteht. Nach der Argumentation des EuGH steht der Einordnung solcher Phasen als Ruhezeit auch der Umstand entgegen, dass der Arbeitnehmer sich außerhalb seines familiären und sozialen Umfeldes aufhalten muss.

**Aus Sicht der GdP ist der Erlass des Landespolizeipräsidiums anfechtbar. Die rechtliche Überprüfung hat ergeben, dass die 1:1-Vergütung ab der Rechtskraft der EU-Urteile erfolgen muss.**

Folgt man den Ausführungen des EuGH so wird deutlich, dass es nicht darauf ankommt, ob sich die Bediensteten in Ruhephasen ausruhen konnten.

Vielmehr ist der Aspekt, außerhalb des familiären Umfeldes Dienst verrichten zu müssen, ausschlaggebend.

*Jens Mohrherr*

KOMMENTAR

## Zusammenarbeit, ja bitte!

Es ist tatsächlich richtig zu erwähnen, dass es nur eine POLIZEI gibt. Und genau diese POLIZEI untergliedert sich in verschiedene Organisationseinheiten. Ob Kriminal-, Schutz- oder Bereitschaftspolizei, Hubschrau-

berstaffel oder Wasserschutzpolizei, ob Streifendienst, OPE, Kriminaldauerdienst, Verkehrssonderdienst, BFE, SEK oder MEK – es bleibt dabei – wir sind eine POLIZEI! Und das ist gut so!

Ich wollte nicht in Form einer eierlegenden Wollmilchsau sämtliche Lagen alleine bewältigen müssen. Ich betrachte es als Arbeitsteilung mit jeweiligem „Know-how“! Gemeinsam geht es einfacher! Zugegeben, es gibt

auch viele Situationen, die man als Sachbearbeiter alleine bewältigen muss. Aber allein das respektvolle Miteinander ist eine Sache von uns allen. Der Bepoist

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

von heute könnte der Kriminaloberkommissar von morgen sein.

Arbeitszeit ist Lebenszeit! In gewissen Bereichen der Polizeibehörde finden wir widrige Arbeits- und Personalverhältnisse vor, die unseren Arbeitsalltag erschweren.

Es ist leider üblich geworden, Vergleiche mit Schlechterem zu ziehen, damit das eigene Verglichene besser dasteht. Mit anderen Worten: Wenn Du dumm bist, dann sei beruhigt, es gibt Dümmerer.

Wir haben Vorgesetzte, die dafür die Verantwortung tragen.

Ich möchte jeden ermutigen, seine Ideen einzubringen, die Meinung zu äußern, nicht alles zu akzeptieren und nicht alles als selbstverständlich zu betrachten, weil das schon immer so war. Ich setze noch einen drauf: „Das war schon immer so und wir werden es nicht ändern können.“ Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Was ich gar nicht akzeptiere, ist bei konstanter Passivität auf andere zu schimpfen.

Für einen Vorstand eines Konzerns der freien Wirtschaft ist eine gespaltene Belegschaft Nährboden für einschneidende Personalentscheide. Alle können gegenseitig ausgespielt und somit demokratische Verhältnisse ausgehebelt werden.

Eine Landesregierung kann mit einem Vorstand der freien Wirtschaft gleichgesetzt werden. Die aktuelle tarifpolitische Situation belegt dies.

Lasst uns in der kleinsten gemeinsamen Zelle miteinander arbeiten. Wir lassen uns nicht spalten, verärgern oder demoralisieren.

Viele ältere Kollegen haben einige Vorgesetzte, Polizeipräsidenten, Ministerpräsidenten und Innenminister kommen und gehen sehen. Wir Jüngeren werden in 20 Jahren das gleiche behaupten können.

Am Ende bleiben Wir, ob Ruhestand mit 60 (SPD) oder Ruhestand mit 67 (CDU).

Zusammenarbeit, JA bitte; ist einfacher!

Antonio Pedron  
JUNGE GRUPPE

## JUNGE GRUPPE

### Hinweis: Foto-CD von der Cops-Afterworkparty

- **Tarif- und Gehaltsverhandlungen – jetzt!**
- **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)!**
- **Abschaffung der 42-Stunden-Woche!**

Alle Kollegen und Kolleginnen die während der **Cops-Afterworkparty** Fotos geschossen haben, werden gebeten, diese zur Verfügung zu stellen, damit die Junge Gruppe eine Foto-CD erstellen kann.

Bitte sendet Eure Bilder an die Geschäftsstelle per Post oder per Mail an: [junge-gruppe-hessen@gdp-hessen.de](mailto:junge-gruppe-hessen@gdp-hessen.de). Diese Foto-CD kann später kostenlos bestellt werden.

Näheres findet Ihr dann auf der Homepage der GdP Hessen bzw. in der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei.

# Polizei-Sozialhilfe-Hessen e.V.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Einladung zur Mitgliederversammlung gem. § 14 Abs. 4 der Satzung am Donnerstag, 29. November 2007, 10.00 Uhr, in Wiesbaden, Hessische Polizeischule, Schönbergstraße 100, Kantinenraum 1 oder 2. Der Vorstand beginnt mit seiner Sitzung bereits um 9.00 Uhr.

Tagesordnung:

**Top 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden**

**Top 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Top 3. Genehmigung der Tagesordnung**

**Top 4. Bestätigung der Protokolle der Vorstandssitzungen und der letzten Mitgliederversammlung**

**Top 5. Berichterstattung VS-Mitglieder und der Kassenprüfer**

**Top 6. Entlastung des Vorstandes**

**Top 7. Wahlen**

7.1 Vorsitzender

7.2 stellvertretender Vorsitzender

7.3 Kassenprüfer

7.4 Schriftführer

**Top 8. Satzungsänderung**

Der § 2 in der Fassung vom 3. 7. 1996, Stand 5. 1998, soll wie folgt geändert werden:

§ 2 Zweck des Vereins

1. Die Polizei-Sozialhilfe Hes-

sen e. V. mit dem Sitz in Trebur, verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung“.

2. Zur materiellen Sicherstellung der Vereinsarbeit ist der Verein berechtigt, für die satzungsgemäßen Zwecke Spenden entgegenzunehmen.

3. Der Verein fördert Bildung und Erziehung, z. B. Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen; Seminare, z. B. Berlin-Seminare, Drogenseminare und Sozialbesteuerung von Rentnern und Pensionären sowie deren Angehörige; Jugend- und Altenhilfe; Sport, Wandertage und Fußballturniere; Unterstützung von hilfsbedürftigen und behinderten Personen, z. B. durch Veranstaltungen/Benefizveranstaltungen.

**Top 9. Behandlung von Anträgen** (schriftlicher Abgabetermin bis spätestens 15. 11. 2007)

**Top 10. Verschiedenes**

Für die Vorstandsmitglieder und Kassenprüfer erfolgen keine gesonderten Einladungen.

Oswin Karolus, Vorsitzender

## EHRUNGEN

### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Michael Hamburger  
Klaus Timm

Kreisgruppe HLKA  
Ewald Graffe  
Roland Marx  
Kreisgruppe PTLV

### Es verstarben

Alfred Thel, Kreisgruppe Main-Kinzig  
Heinrich Krause, Bezirksgruppe Frankfurt a. M.  
Walter Schweitzer, Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

# Ist Ihnen Ihre Sicherheit 45 Cent wert?

Dann unterstützen Sie unsere überparteilichen Bemühungen. Die gesammelten Unterschriften werden nach Abschluss unserer Aktion dem Präsidenten des Hessischen Landtages übergeben.

Damit wollen wir deutlich machen, dass die Innere Sicherheit eine Aufgabe des gesamten Hessischen Landtages ist. Herzlichen Dank! Ihre Gewerkschaft der Polizei in Hessen

V.i.S.d.P.: GdP-Landesvorstand Bezirk Hessen, Telefax 06 11 / 9 92 27 27  
e-mail: [gdp Hessen@t-online.de](mailto:gdp Hessen@t-online.de) · [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



Absender:

Name:

Anschrift:

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Aktion der Gewerkschaft der Polizei in Hessen für mehr qualifiziertes Personal und den Erhalt von Polizeiwachen.

Unterschrift

Bitte mit  
45 Cent  
freimachen

Telefax 0611/9922727

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60 a  
65183 Wiesbaden

# Wir brauchen Ihre Unterstützung - Hessens Polizei auf dem Rückzug!



Gewerkschaft der Polizei

? - was kommt noch?

**X = Polizeiwachen geschlossen!**

Die Gewerkschaft der Polizei macht sich ernste Sorgen um die Sicherheit im Land Hessen. In den letzten 6 Jahren wurden folgende Polizeidienststellen in Hessen ganz oder teilweise geschlossen:



**Nordhessen:** 3., 4. und 7. Revier Kassel, Polizeiposten Harleshausen,



**Mittelhessen:** Polizeistation Ehringshausen, Polizeiautobahnstation Herborn,



**Südosthessen:** Polizeistation Dreieich, Polizeistation Rödermark, 3. Revier Offenbach,



**Südhessen:** Polizeistation Vernheim, Polizeiautobahnstation Lorsch,



**Westhessen:** Polizeistation Hattersheim

Es ist zu befürchten, dass nach den Landtagswahlen weitere Dienststellenschließungen anstehen.

Daneben gibt es im gleichen Zeitraum hessenweit auf den Polizeiwachen **360 Stellen weniger**.

Bis Ende 2008 werden sogar insgesamt **720 Stellen gestrichen** sein.

Davon sind 250 weitere Stellen von Polizeibeamtinnen und -beamten mit Angestellten besetzt.

Es ist für uns unverantwortlich, dass Politiker, die fast täglich auf eine ständig wachsende Terrorismusgefahr öffentlich hinweisen, schon am nächsten Tag weitere Stellenstreichungen bei der Polizei beschließen. Wir sind uns sicher:

**Sie werden das auch nicht verstehen!**

Als Ergebnis der jetzigen Sicherheitspolitik schieben unsere Polizeibeschäftigten mehr als **2 Millionen Überstunden** vor sich her.

Durch den gleichzeitigen erheblichen Abbau von Verwaltungspersonal müssen mehr und mehr Polizistinnen und Polizisten von der Straße weg, um wenigstens teilweise diese Löcher zu stopfen.

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Aktion der Gewerkschaft der Polizei in Hessen für mehr qualifiziertes Personal und den Erhalt von Polizeiwachen.

